

Friederich Mielke

Amerikas Macht

Stephan Bierling, Geschichte der amerikanischen Außenpolitik: Von 1917 bis zur Gegenwart. Verlag C. H. Beck. München 2003. 272 Seiten. 12,90 Euro.

Joseph S. Nye, Das Paradox der amerikanischen Macht: Warum die einzige Supermacht der Welt Verbündete braucht. Europäische Verlagsanstalt. Hamburg 2003. 292 Seiten. 19,90 Euro.

Die amerikanische Außenpolitik wird spätestens seit Ende des Kalten Krieges neu bewertet. Die militärische, wirtschaftliche, politische, technische und zum Teil kulturelle Vormachtstellung der USA fordert Politologen, Journalisten, Essayisten und Feuilletonisten heraus. Pro-amerikanische Stimmen wie der Franzose Jean-François Revel prahlen auf Kritiker wie Emmanuel Todd oder Jürgen Habermas. Doch vor der Wertung steht die Information: Was ist amerika-

nische Außenpolitik? Welche Strömungen, Tendenzen und Interessen bewegt sie? Und wie hat sich die amerikanische Außenpolitik im Spannungsfeld von Idealismus und Realismus entwickelt?

Die amerikanische Außenpolitik lässt sich nur im historischen Zusammenhang verstehen. Während die amerikanische Publizistik viele Bücher zum Thema bietet, ist das deutsche Angebot klein. Verlage meiden das Thema, der Markt sei nicht sehr groß. Neben dem wichtigen Standardwerk *Zur Weltmacht verdammt* von Christian Hacke wird dem deutschen Leser wenig geboten. Es besteht somit Nachholbedarf.

Die Geschichte der amerikanischen Außenpolitik: Von 1917 bis zur Gegenwart von Stephan Bierling ist eine Bereicherung. Der Regensburger Politologe liefert komprimierte Informationen. Bierling will zunächst beschreiben und nicht werten. Er zeigt die großen Linien der Geschichte der amerikani-

schen Außenpolitik seit dem Ersten Weltkrieg und versucht, der jeweiligen historischen Situation gerecht zu werden. Das Buch hat keine „rechte“ oder „linke“ Tendenz. Das macht es besonders lesenswert. Wer heute die USA allzu leicht als „imperial“ oder „militant“ kritisiert, sollte zunächst die Fakten kennen. Und dafür eignet sich Bierlings Buch.

Die USA traten im April 1917 in die Weltpolitik ein. Die Kriegserklärung an das Deutsche Reich beendete die Isolierung und etablierte sie als Groß- und Weltmacht. Dennoch blieb Amerika zunächst außenpolitisch zurückhaltend: Europa spielte in den zwanziger Jahren nur eine kleine Rolle, in den dreißiger Jahren stand der Kampf gegen die „Große Depression“ im Vordergrund. Der Kongress war isolationistisch: Das Land sollte aus allen weltpolitischen Händeln herausgehalten werden. „Geschützt durch zwei Ozeane konnten sich Politiker und Bürger den

Luxus leisten, nach innen zu schauen und die Welt Welt sein lassen.“

In den ersten 150 Jahren ihrer Geschichte hatten die Vereinigten Staaten zwar immer wieder Kriege geführt, Verträge geschlossen und sich an Konferenzen beteiligt. Am internationalen Geschehen haben sie dauerhaft nicht teilgenommen. F. D. Roosevelt betonte noch am 30. Oktober 1940: „Ich sage es immer wieder: Eure Jungs werden in keinen Krieg geschickt.“ Nach dem Überfall auf Pearl Harbor kam es dann zu einer gewaltigen wirtschaftlichen, militärischen und diplomatischen Anstrengung. Roosevelt verlieh der US-Beteiligung am Krieg eine moralische Dimension: Amerika sei vier Freiheiten auf der Welt verpflichtet – der Redefreiheit, Religionsfreiheit, Freiheit von Not und Freiheit von Furcht.

Vor dem Zweiten Weltkrieg hatte es sechs Großmächte gegeben: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Japan, die Sowjetunion und die USA. Nach 1945 standen die Vereinigten Staaten weit über den anderen Mächten. Sie hatten das Atomwaffen-Monopol, ihre Industrieanlagen waren unbeschädigt und produzierten die Hälfte aller Güter der Erde. Auch amerikanische Initiativen für eine wohl-

habende und friedliche Welt waren fortgeschritten: Die UNO sollte internationale Konflikte regeln; IWF, Weltbank und die Internationale Handelsorganisation sollten für die Erholung der Nachkriegswirtschaft sorgen. Da Stalin an seinem Ziel festhielt, seinen Machtbereich mit allen Mitteln auszuweiten, kam es 1946/47 zur Wende in der US-Nachkriegspolitik: Truman wies seine Redenschreiber an, die Antwort Amerikas als Reaktion auf den „Ansturm der kommunistischen Tyrannei“ darzustellen. Die Truman-Doktrin zielte auf eine „langfristige, geduldige, aber starke und umsichtige Eindämmung der expansiven Tendenzen Russlands.“ Als der Journalist Walter Lippmann den Begriff „Kalter Krieg“ formulierte, hatte die US-Außenpolitik ein Schlagwort für die kommenden vierzig Jahre.

Bierlings Buch komprimiert die Geschichte; es fasst zusammen, findet Überleitungen und präsentiert das Wesentliche. Darin besteht die Leistung des Buches. Von der Konfrontation mit der Sowjetunion, der Konsolidierung der westlichen Allianz, der Berlin- und Kubakrise bis zum Vietnamkrieg, zur Entspannungspolitik und dem Ende des Kalten Krieges – durch die Aus-

wahl der Ereignisse, Konferenzen, Krisen und Doktrinen macht der Leser einen kurzweiligen Spaziergang durch die wichtigsten Geschehnisse der amerikanischen Außenpolitik. So schreibt Bierling über die Rolle der USA beim deutschen Einigungsprozess: „Die positive Haltung Washingtons erwies sich nicht nur als entscheidend dafür, dass Paris und London ihren Widerstand gegen die deutsche Einheit aufgaben, sondern auch für Moskaus sukzessives Einlenken.“ Eine klare und komprimierte Aussage.

Stephan Bierling lässt die US-Außenpolitik nach dem 11. September nicht unbewertet. Die Irakpolitik hätte einen „diplomatischen Scherbenhaufen“ bewirkt. Seit dem 11. September würde George W. Bush einen der „dramatischsten außenpolitischen Kurswechsel in der amerikanischen Geschichte“ vornehmen. Die Doktrin der „antizipatorischen Selbstverteidigung“ könne „Schurkenstaaten“ unschädlich machen, bevor sie zu einer Bedrohung würden. Der Bush-Doktrin läge eine „expansive und aktivistische Sichtweise der nationalen Interessen und Werte der Vereinigten Staaten zugrunde“. Bei der Durchsetzung von US-Interessen nähmen die USA nötigen-

falls sogar einen Verstoß gegen das Völkerrecht und die Prinzipien der Vereinten Nationen in Kauf. Dennoch hätten die Vereinigten Staaten in ihrer Geschichte ihre Hegemonie nicht gezielt angestreut: Der Aufstieg zur Weltmacht entsprang nicht so sehr einer bewussten Strategie, die eigene Herrschaft zu erweitern, sondern war mehr Folge und Nebenprodukt von Aktionen, die Washington entweder aufgezungen wurden oder die es zur Verteidigung anderer übernahm. Zukünftig käme es auf die moralische Autorität und völkerrechtliche Legitimität der weltpolitischen Führungsrolle an. Eine Bedrohung ginge von der US-Vormachtstellung nicht aus.

Harte und weiche Macht

Was Bierling erst am Ende seiner Monografie streift – die Rolle der US-Außenpolitik im 21. Jahrhundert – ist zentrales Thema von Joseph S. Nyes Buch *Das Paradox der amerikanischen Macht*. Das Werk wurde 2002 in den USA veröffentlicht und in politischen, journalistischen und akademischen Kreisen diskutiert. Es steht im Kontext des Diskurses um die US-Weltmachtrolle und ist mit den jüngsten Essays und Abhandlungen von Robert Kagan,

Henry Kissinger, Zbigniew Brzezinski, Andrew Bacevich, Clyde Prestowitz oder Charles A. Kupchan verwandt. Kupchans Buch *The End of the American Era* erscheint als *Die amerikanische Herausforderung* im September auch in Deutschland: ein wertvoller Beitrag zur Diskussion um die zukünftige Globalpolitik der Vereinigten Staaten.

Nye beschreibt das 21. Jahrhundert als globales Informationszeitalter. Die Revolution der Informationstechnologie hätte die Globalisierung komplizierter gemacht: Die Welt sei zwar näher zusammengerückt, aber für die Lösung der politischen Probleme gäbe es keine Patentrezepte. Mit dem Ende des Kalten Krieges wurden die Vereinigten Staaten mächtiger als jedes Land der jüngeren Geschichte. Sie spielen in allen Bereichen der Globalisierung eine zentrale Rolle: in der Ökonomie (die USA besitzen den größten Kapitalmarkt), im militärischen Bereich, im sozialen Bereich (Amerika ist das Zentrum der Popkultur) und in der Ökologie (die USA sind die größten Umweltverschmutzer). Dennoch werde die Globalisierung die technologischen und ökonomischen Möglichkeiten weltweit erweitern und damit „das Ausmaß

der amerikanischen Dominanz verringern.“

Spannend ist die Frage nach den „neuen Herausforderern“: Werden sich einige Länder zusammenschließen, um die amerikanische Macht auszugleichen? „Zeiträume ungleichgewichtiger Macht können Stabilität produzieren“, schreibt Nye, „aber wenn aufsteigende Nationen irritiert auf die Politik reagieren, die das größte Land oktroyiert, dann können sie auch den führenden Staat herausfordern und Allianzen bilden, um seine Stärke zu übertreffen.“ Wer könnte das sein?

China, so der Autor, sei keine unmittelbare Bedrohung der US-Hegemonie. Dennoch erinnert der Aufstieg Chinas an Thukydides' Warnung, dass der Glaube an die Unvermeidlichkeit eines Konfliktes zu einer der Hauptursachen des Konfliktes werden kann. Eine Herausforderung durch China sei in Ostasien denkbar – aber nicht global. Streitpunkt sei die Taiwan-Politik. Die USA und China könnten deswegen in einen Krieg oder kalten Krieg hineinstolpern. Eine Militärallianz zwischen China und Japan gegen die USA sei jedoch unwahrscheinlich. Angesichts der japanischen Besorgnis über das Anwachsen chinesischer Macht sei ein fortgesetztes

Bündnis mit den USA am wahrscheinlichsten. Ein vereintes Ostasien ist kein plausibler Kandidat für die Rolle des Herausforderers, der die USA ablösen möchte.

Ebenso undenkbar sei eine militärische Allianz zwischen China und Russland, und das arme Indien werde kaum zu einer globalen Herausforderung für die USA werden.

Einen ebenbürtigen Rivalen hätten die USA am ehesten in der Europäischen Union. So hätte die EU die amerikanische Macht bereits wirksam eingeschränkt – in der Welthandelsorganisation, durch die Einführung des Euro und durch die Europäische Kommission, die Fusionen amerikanischer Firmen verhindern kann. Dennoch meint Nye – im Gegensatz zu Charles Kupchan –, dass ein amerikanischer Unilateralismus keinen feindseligen europäischen Herausforderer im militärischen Sinne auf den Plan rufen werde: „Amerikaner und Europäer haben die Grundwerte von Demokratie und Menschenrechten gemeinsam, die sie enger mit einander verbinden als mit irgendeiner anderen Region der Welt.“

Ein zentraler Begriff des Buches ist die „Soft Power“, die „weiche Macht“. Amerikanische „Soft Power“ besteht aus amerikanischen Werten, kulturellen Normen, politischen Prozessen und die Form internationaler Diplomatie: „Wenn ein Land seine eigene Macht in den Augen der anderen legitimieren kann, wird es auf weniger Widerstand gegen seine Wünsche stoßen. Wenn seine Kultur und Ideologie attraktiv sind, folgen ihm andere mit größerer Bereitwilligkeit.“ Die Werte der Demokratie, persönlichen Freiheit, Mobilität und Offenheit in der Alltagskultur, in den Medien, im Bildungssystem und der Außenpolitik tragen zur amerikanischen Macht bei. Amerika brauche nicht mit Zuckerbrot und Peitsche zu herrschen: Seine „weiche Macht“ überzeugt und gewinnt potenzielle Gegner.

Nyes Buch präsentiert eine sachliche Diskussion der amerikanischen Weltmachtrolle. Als ehemaliger stellvertretender Verteidigungsminister der Clinton-Regierung steht seine Sichtweise der außenpolitischen Doktrin der Demokratischen Par-

tei näher als den Prinzipien der Republikanischen Machtelite. Dennoch ist das Buch weder Polemik noch politisches Programm. Der Dekan der Kennedy School of Government plädiert für eine multilaterale Zusammenarbeit der USA in globalen Fragen. Wenn die Amerikaner nicht unilateral und überheblich werden, den Isolationismus vermeiden, ihre wirtschaftliche Produktivitätsrate erhalten, die militärische Stärke bewahren, ohne über die Maßen aufzurüsten – dann werden sie bis weit ins 21. Jahrhundert die führende Macht in der Weltpolitik bleiben. Dabei müsse Amerika nicht nur seine harte Macht zeigen, sondern auch die „weiche“ Macht erkennen und beide „zur Förderung seiner nationalen und globalen Interessen miteinander verbinden“. Die Analyse des Harvard-Professors Joseph Nye ist ein wichtiger und klarer Beitrag zur Diskussion um die Weltmacht USA. Sie sei allen Lesern uneingeschränkt empfohlen. Beide Bücher – Bierling und Nye – tragen zur Versachlichung der Diskussion um die US-Vorherrschaft bei.